

Ratssitzung am 23.09.2008
TOP 5: BPlan 86

Gewerbegebiet ja – Industriegebiet nein

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Seit Monaten beschäftigt die Öffentlichkeit in der Gemeinde Rastede kaum etwas mehr als das von der CDU/FDP/UWG-Gruppe propagierte Industriegebiet am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord.

Die Presse titulierte „Industriegebiet entzweit Gemeinde“. Warum ist das so? Weil man seitens der Verwaltung teilweise falsch gespielt hat. Weil Bürgerinnen und Bürger nicht mitgenommen werden. Von der Opposition ganz zu schweigen. Man will sein Ding durchziehen.

Aber wie fing alles an?

04.06.2007 - 1 Tag vor einer Verwaltungsausschusssitzung erläutert die Verwaltung (Herr Henkel) in einer SPD-Fraktionssitzung, dass es ihr gelungen sei, zur **Erweiterung des Gewerbegebietes** ‚Am Schafjückenweg‘ die besagte Fläche zu kaufen. Andere Flächen waren leider nicht zu erhalten. Wir kritisierten die Kurzfristigkeit der Ankündigung, die mit der vereinbarten absoluten Vertraulichkeit zwischen Verwaltung und Verkäufer begründet wurde. Das ist grundsätzlich verständlich, doch hätten wir uns gerne mehr Zeit ausbedungen, um eine solche weitreichende Entscheidung mittragen zu können. Wir sahen aber die Notwendigkeit.

Gewerbebetriebe bringen der Kommune Steuereinnahmen, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Es ist für die Weiterentwicklung einer Kommune unabdingbar, Gewerbegebiete an geeigneter Stelle auszuweisen. Und das wollen wir auch. Dafür bieten sich die Flächen am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord an. Dies hat bereits die Vergangenheit gezeigt. Im Bereich des Schafjückenweges haben sich viele hervorragende Betriebe angesiedelt. Die SPD hat deshalb seinerzeit dem Ankauf der Grundstücke mit der Begründung „Erweiterung des Gewerbegebietes Schafjückenweg“ auch ausdrücklich zugestimmt.

Bereits in dieser Fraktionssitzung wiesen wir aber auch darauf hin, dass wir eine Eingrünung der Fläche wünschen. (Dies ergibt sich eindeutig aus dem Protokoll)

Am 05.06. beschließt der VA den Kauf, am 10.07. dann der Rat.

Ich rede immer noch vom Kauf der Fläche für die Erweiterung des Gewerbegebietes. Dass aus dem gemeinsam angedachten Gewerbegebiet auf einmal ein Industriegebiet werden sollte, haben wir dann in der Bauausschusssitzung im Oktober 2007 erfahren.

Nach kritischer Auseinandersetzung mit der Thematik haben wir uns gegen die Ausweisung eines Industriegebietes ausgesprochen und auch einen entsprechenden Antrag in die Beratungen eingebracht, der allerdings von der Mehrheitsgruppe abgelehnt wurde.

Warum brauchen wir überhaupt ein Industriegebiet?

Industriegebiete dienen nach § 9 Abs. 1 Baunutzungsverordnung ausschließlich der Unterbringung von Gewerbebetrieben. Hier finden insbesondere die Betriebe ihren Standort, die wegen ihres hohen Störgrades durch Emissionen, insbesondere durch Lärm und Luftverunreinigungen, in anderen Gebieten unzulässig sind. Hieraus einen Standortvorteil für unsere bisher eher natur- und landschaftlich geprägte Gemeinde abzuleiten, halten wir für einen Irrweg.

Gewerbegebiete nach § 8 Baunutzungsverordnung dienen dagegen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben. Diesen Weg hat die Gemeinde Rastede in der Vergangenheit mit der Ansiedlung von Gewerbebetrieben wie beispielsweise Brötje-Handel, Vierol, Noweda, Ulla Popken usw. erfolgreich beschritten. Diesen Weg möchten wir auch in Zukunft beibehalten.

Der ewige Hinweis des Bürgermeisters, dass ein Dreischichtenbetrieb in Gewerbegebieten nicht zulässig sei, ist schlichtweg falsch. Er soll suggerieren, dass wir dringend ein Industriegebiet benötigen, um auch solche Firmen ansiedeln zu können. Wäre das richtig, dann müssten viele Betriebe, die auch nachts arbeiten und liefern, wie z.B. Müller-Egerer, Ulla Popken und andere, ihren Betrieb einstellen. Die nämlich stehen sämtlich in Gewerbegebieten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang kurz auf die Firma Brötje-Handel eingehen. Wie am Sonnabend der NWZ zu entnehmen war, möchte die Firma ein Grundstück in dem neuen Gebiet erwerben. Und das ist gut so. Brötje-Handel ist eine hervorragende Firma, die wir gerne unterstützen.

Überraschend für uns war aber, dass der Verkauf an Brötje-Handel bereits am letzten Dienstag im VA beschlossen werden sollte - und das, obwohl noch gar nicht über das Gebiet im Rat entschieden wurde. Das passiert ja erst heute. Wir halten diese Verfahrensweise für eine absolute Missachtung des Rates. So kann man nicht miteinander umgehen, wenn man davon ausgeht, dass wir auch weiterhin vertrauensvoll zusammen arbeiten müssen und wollen. Der Verkauf an Brötje-Handel hat auch nach Aussage der Firma überhaupt keine Eile. Und dass sie unbedingt in einem Industriegebiet untergebracht werden muss, wird von der Verwaltung nur behauptet. Brötje-Handel will in den Elektrohandel einsteigen und damit das Emsland erobern. D.h., man muss morgens früh die Lkws beladen, damit man rechtzeitig im Emsland ankommt. Das geht aber auch in einem Gewerbegebiet. Das machen andere Firmen schon ewig. Mit dieser Behauptung soll die Bevölkerung beruhigt werden und sollen wir – die Opposition - in ein schlechtes Licht gestellt werden. Das ist ein Politikstil, der nicht angebracht ist, der abstößt. So sind wir bisher nicht miteinander umgegangen und das sollte auch zukünftig nicht so sein. Wenn das aber der neue Stil ist, der gewünscht wird, dann werden wir uns dem stellen.

Ich sage nur für die SPD, wir würden so nicht mit den politischen Konkurrenten und erst recht nicht mit der Bevölkerung umgehen.

Wo ich gerade dabei bin, meinen Unmut über die Missachtung der Gremien darzulegen. Ich finde es schon ungewöhnlich, wenn man unter dem Hinweis auf ein laufendes Verfahren an Veranstaltungen nicht teilnimmt und dann aber gleichzeitig Grundstückverkäufe im sogenannten laufenden Verfahren vornimmt.

Genauso ungewöhnlich, eher schon ungehörig finde ich es, wenn Werbeschilder aufgestellt werden, ohne dass über das Gebiet bereits entschieden wurde. Und noch versehen mit dem Slogan „Hier können Sie sich sehen lassen“. Dies vor dem Hintergrund, dass die SPD eine Eingrünung des Gewerbegebietes erhalten möchte und dies auch beantragt hat. Auch wenn Sie die Mehrheit besitzen - ihre Art, mit Menschen umzugehen, die anderer Auffassung sind, deren Meinung in keiner Weise zu würdigen, diese vor vollendete Tatsachen zu stellen, ist mehr als nur arrogant. Ich habe solch ein Gebaren in Rastede nicht vermutet und es geht mir persönlich nah – ich spreche auch für meine Fraktionskolleginnen und –kollegen - , dass man so abwertend behandelt wird.

Und dieses Verhalten schadet nicht nur unserem Innenverhältnis sondern letztendlich auch dem Ruf unserer Gemeinde - und das ist fatal. So schafft man es, der Politikverdrossenheit das Wort zu reden.

Die Ausweisung sowohl eines Industriegebietes wie auch eines Gewerbegebietes stellt an dem geplanten Standort einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft dar.

Um diesen Eingriff abzumildern, fordert die SPD über die naturschutzrechtlichen Kompensationsflächen hinaus, die Eingrünung der Gewerbeflächen sowie einen mindestens 20m breiten Baumgürtel entlang der B 211. Dieser Baumgürtel bietet einen Sicht- und Lärmschutz, ein deutlich verbessertes Umfeld für die dort arbeitenden Menschen und eine höhere Akzeptanz bei der umliegenden Bevölkerung. Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein, selbst der Landkreis als untere Naturschutzbehörde hat in seiner Beteiligung nochmals weitergehende Festsetzungen zur Einbindung des Plangebietes gefordert und sich dabei ausdrücklich auf das Regionale Raumordnungskonzept bezogen.

Natürlich will auch die SPD die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und den Bestand unserer Infrastruktur. Aber hierfür bedarf es – wie schon gesagt - keines Industriegebietes. Unternehmen der Industrie sind in der Regel stärker automatisiert als normale Gewerbebetriebe und haben daher nicht selten weniger Arbeitsplätze. Dass Gewerbegebiete auch Betriebe mit guten Arbeits- und Ausbildungsplätzen bieten können, zeigen doch zahlreiche Beispiele in unserer Gemeinde (Ulla Popken, Müller-Egerer, Noweda, Vierol usw.).

Die SPD appelliert deshalb nochmals an die Vertreter der Mehrheitsgruppe CDU/FDP/UWG, die Planung eines Industriegebietes zugunsten eines Gewerbegebietes mit entsprechender Eingrünung aufzugeben. Nicht einzig den Belangen der Wirtschaft, sondern auch denen der Bürger und der Natur und Landschaft sollte Rechnung getragen werden. Die Ausweisung eines Industriegebietes stellt keinen Standortvorteil dar, sondern schädigt unter Umständen eher das Image der Gemeinde Rastede als „liebens- und lebenswerter“ Wohnstandort.

Und noch ein Letztes: Sie sagen immer, wir werden schon die richtigen Betriebe aussuchen. Auch wenn das der Fall sein sollte, was ich gerne glauben möchte, dann sagt das nichts über die Zukunft des Gebietes aus. Immer wieder werden Firmen verkauft, kommt es leider auch zu Insolvenzen. Dann aber ist die Gemeinde nicht mehr Herrin des Verfahrens. Dann entscheiden Dritte. Und wir können nur noch tatenlos zusehen.

Nach alledem stellt die SPD Rastede folgenden Antrag:

1. Das geplante Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord (Bebauungsplan 86) ist insgesamt einzugrünen.
2. Auf der nordwestlichen Seite ist angrenzend an die B 211 ein mindestens 20 Meter breiter Baumgürtel zu erhalten.
3. Das Gebiet wird als Gewerbegebiet entsprechend § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) und nicht als Industriegebiet im Sinne von § 9 Baunutzungsverordnung eingeplant.

Gleichzeitig beantragt die SPD-Fraktion die geheime Abstimmung nach § 47 NGO i.V.m. § 8 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates.

Rüdiger Kramer
SPD-Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort.